

# Gefährliche Wieselworte

## Sollten Superreiche eine Corona-Abgabe zahlen? Erster Teil einer Debatte

VON FRANK SCHÄFFLER

Vielen Bürgern ist Ungleichheit ein Übel. Sie wird als ungerecht empfunden. Sie glauben, je größer die Ungleichheit, desto größer sei der Handlungsbedarf des Staates, diesen Zustand zu korrigieren. Deshalb werden immer wieder Rufe laut, durch Umverteilung großer Vermögen zu einer „gerechteren“ Verteilung zu kommen. Gerade die Corona-Pandemie mit ihren zusätzlichen Lasten für die öffentlichen Haushalte lädt erneut dazu ein.

Ist aber das Gegenteil, die Gleichheit, in einer freiheitlichen Gesellschaft überhaupt erstrebenswert? In unfreien Gesellschaften, die meist sozialistisch geprägt sind, beanspruchen die Mächtigen, diesen Zustand durchzusetzen. Ihre Mittel sind häufig Terror und Gewalt. Sie scheitern aber dennoch fortlaufend. Historisch gibt es kein einziges Beispiel dieses vermeintlichen Idealzustandes. Meist geht es einer großen Zahl von Menschen „gleich“ schlecht. Und es gibt immer einige Privilegierte, die ihre Regierungsmacht ausnutzen, um sich selbst, ihrer

Familie und ihrem Umfeld Vorteile zu beschaffen, die anderen durch Zwang abgepresst wurden. Gestern waren es die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten, und heute sind es Nordkorea und Venezuela. Erstere vor Augen hat Johannes Paul II. in „Centesimus annus“ das Privateigentum „als Verlängerung der menschlichen Freiheit“ bezeichnet.

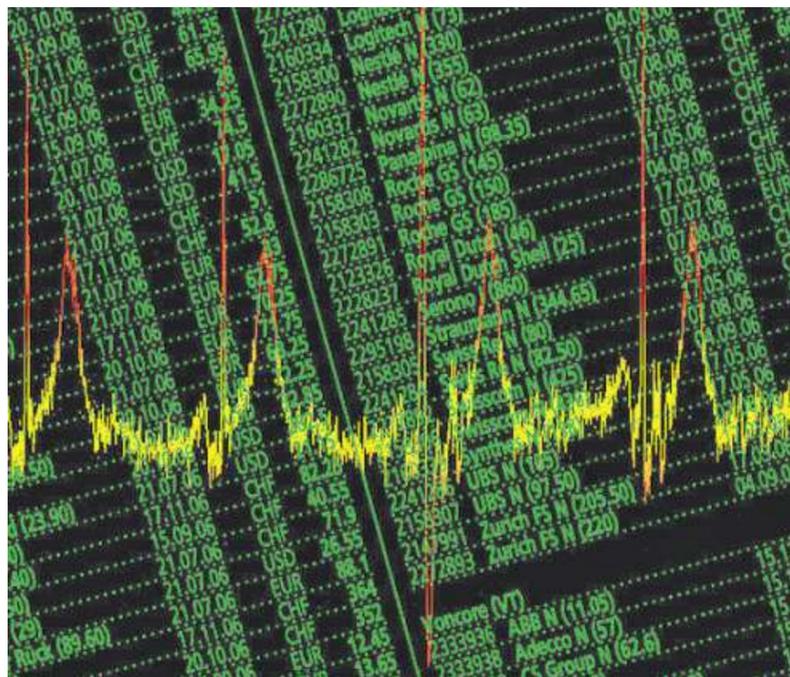
### Begriffsvernebelung begünstigt Umverteilung

Selbst für eingefleischte Sozialisten sind die heutigen Beispiele unschön. Diese Hardcore-Varianten sind daher etwas aus der Mode gekommen. Weichere Varianten sind bei den Sozialisten aller Couleur inzwischen beliebter.

Eine davon ist die Einführung des Begriffs der „sozialen Gerechtigkeit“. Der Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek hat diese Begriffsvernebelung einmal als „Wieselwort“ bezeichnet, das jegliche inhaltliche Bedeutung verloren hat. Mit „sozialer Gerechtigkeit“ wird heute jeder Umverteilungsprozess begründet, auch die jetzt aufgeworfene Forderung nach einer Sonderabgabe für Vermögende. Was „soziale Gerechtigkeit“ bedeutet, wie sie erreicht werden kann und was die optimale „soziale Gerechtigkeit“ sein soll, bleibt jedoch im Nirwana des Ungefähren.

Deshalb ist die klassische Definition von Gerechtigkeit als Gleichheit vor dem Recht besser geeignet, weil sie von Staat, Regierung und Parlament nicht zu viel verlangt. Letztlich geht es um allgemeine und abstrakte Regeln, die für alle gleich sind.

Diesen Anspruch freiheitlicher Ordnungen erfüllt der Gesetzgeber jedoch nur unzureichend. Regierungen und Parlamente wollen immer stärker den Einzelfall regeln, bestimmte Gruppen fördern und tagespoli-



Der Deutsche Aktienindex erreichte trotz Corona einen Höchststand. Arbeitnehmerereinkommen stagnieren hingegen. Foto: imago images

tische Probleme per Gesetz lösen. Die Folgen sind immer mehr und kompliziertere Gesetze, die nur noch Experten verstehen, oder diejenigen, die sich Experten leisten können. Das Steuerrecht ist dafür ein gutes Beispiel. Schätzungen gehen davon aus, dass 70 bis 80 Prozent der weltweiten Steuerliteratur aus Deutschland stammt, obwohl lediglich zwei Prozent der weltweiten Steuerzahler aus Deutschland kommen. Ungleichheit wird daher von staatlicher Seite befördert.

Hier wird keine positive Dynamik zugunsten Benachteiligter in Gang gebracht,

sondern es werden verfestigte Strukturen konserviert, die durch einzelne Interessengruppen verteidigt werden. Doch staatliche Intervention führt nicht nur im Steuerrecht zu Ungleichheit.

### Auswirkungen von Geldsozialismus

Eine weitere Variante des Sozialismus ist der Geldsozialismus, der noch subtiler auf die Vermögensverteilung einwirkt als beispielsweise das Steuerrecht. Und eben keine Verteilung von oben nach unten bedeutet, sondern eine aus der Mitte nach oben bewirkt. Der irische Ökonom Richard Cantillon hat bereits Mitte des 18. Jahrhunderts beschrieben, wie die Ausweitung der Geldmenge durch den Staat Umverteilungseffekte erzielt. Derjenige, der das neu geschaffene Geld, das vom Staat oder seiner Notenbank in Umlauf gebracht wird, zuerst erhält, kann sofort damit arbeiten, ohne dass er oder sie den inflationären Effekt spüren. Das sind Banken, kapitalmarkt-orientierte Unternehmen und Vermögende. Diejenigen, die am Ende der Wertungskette des neuen Geldes stehen, Konsumenten, Handwerker und Mieter, müssen die Geldmengenvermehrung mit höheren Preisen bezahlen.

Dieser Cantillon-Effekt ist ursächlich dafür, dass wir mit immer mehr und immer billigerem Geld der Notenbanken die Vermögenspreise anfachen.

Dies betrifft insbesondere die Immobilien- und Aktienmärkte. Während Immobilien in den Ballungsgebieten boomen und der Deutsche Aktienindex, trotz Coronapandemie, Ende letzten Jahres einen historischen Höchststand erzielte, stagnieren Arbeitnehmereinkommen.

Deren Altersvorsorge aus Lebensversicherungen, Festgeldern und Bausparverträgen fahren gleichzeitig vor die Wand, weil sie keine oder keine nennenswerten Erträge mehr abwerfen.

Wer Vermögen hat, kann dies beleihen, bekommt zu einem marginalen Zinssatz Kredit und kann weiter in Vermögenswerte investieren. Alle anderen sind die Leidtragenden einer steigenden Abgabenlast und steigender Mieten. Letztlich schaltet dieser Geldsozialismus den Zins als Preis für das Geld aus. Das hat verheerende Folgen, die nicht nur eine negative Verteilungswirkung haben, sondern letztlich unsere demokratische Grundordnung gefährden. Daran gilt es anzusetzen.

**Der Autor ist FDP-Bundestagsabgeordneter. Der Katholik ist weiterhin Geschäftsführer der Berliner Denkfabrik Prometheus – Das Freiheitsinstitut.**

**In der nächsten Ausgabe wird eine Replik auf diesen Beitrag erscheinen.**

## KOLUMNE

### Freiheit in Gefahr

VON RICHARD SCHÜTZE

Durch den wiederholt notwendig werden den Lockdown sieht sich die Politik in Deutschland gezwungen, die Wirtschaft mit immer neuen Programmen finanziell zu unterstützen. Zum Schutz von Leben und Gesundheit werden zudem Maßnahmen ergriffen, die viele als massive Eingriffe in die Freiheits- und Grundrechte wahrnehmen. Es droht die Gefahr, dass die über Jahrhunderte entwickelte Christliche Soziallehre und die Aussagen der realistischen Philosophie über die menschliche Person, ihr Wesen und ihre Existenz in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft dabei außer Acht gelassen werden. Die menschengerechte Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und das Recht auf freie Selbstbestimmung sind tendenziell in Gefahr, immer mehr ausgehebelt zu werden. Auch wenn manch ein Protest gegen die im Zuge der Coronapandemie verhängten Maßnahmen unangemessen und populistisch gefärbt ist, sollte die Furcht der Bürger und Bürgerinnen vor dem Verlust ihrer Freiheitsrechte ernst genommen werden. Die Fähigkeit der Menschen, achtsam und respektvoll miteinander umzugehen, darf nicht durch Bevormundung, Verbote und Überwachung ausgeblendet werden. Dies gilt im Übrigen auch für die Zeit nach der Pandemie, wo unsere Gesellschaften vor der Herausforderung des Klimawandels stehen. Im anthropozentrischen Weltbild ist der Mensch die „Krone der Schöpfung“, der alle Schöpfung anvertraut ist. Es sollte daher der Eindruck vermieden werden, dass die Menschen dieser Erde schlechterdings verantwortungslose Raubtiere seien, die die Natur rücksichtslos ausbeuten.

Vielmehr ist auf ihre Vernunft zu setzen und ein Gespür zu schaffen, dass natürliche Ressourcen schonend, bewusst und zum Wohle aller zu nutzen sind. Dies lässt sich nicht durch brachiale Reglementierungen, sondern nur durch eine Ordnungspolitik bewirken, die entsprechende Leitplanken setzt, Anreize bietet und an das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger appelliert. Nicht zuletzt sei daran erinnert, dass auch die im Zuge der Coronakrise aufgenommenen Schulden zurückgezahlt werden müssen und kommende Generationen belasten. Auch wenn damit die wirtschaftlichen und sozialen Härten im Kontext der Pandemie abgefedert werden sollen, bleiben die entsprechenden Verpflichtungen. Insofern hat der Bremer Oberbürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) völlig recht, wenn er sagt, dass „jemand am Ende die Rechnung bezahlen muss“. Es stellt sich die Frage, ob es gerecht und gemeinwohldienlich ist, wenn mit einem „Lastenausgleich“ in Form von neuen Corona-Soli, Ökosteuern, Vermögensabgaben oder Zwangshypotheken die Bürger schon heute zur Kasse gebeten werden. Je mehr die Menschen auf diesem Weg enteignet werden, je mehr sie in ihrer Lebensplanung beeinträchtigt sind, umso mehr müssen staatliche Institutionen für den Lebensunterhalt durch Grundsicherungen aller Art Sorge tragen. So zeigt sich, dass Freiheits- und Bürgerrechte auch durch falsch scheinende Weichenstellungen in der Finanzpolitik in Gefahr geraten können.

Umso stärker muss deutlich werden, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Freiheit und Soziale Marktwirtschaft unverrückbare Grundlagen unseres Gemeinwesens sind und auch künftig bleiben. Dazu braucht es auch einen gesunden Mittelstand, der das Kraftzentrum der Sozialen Marktwirtschaft ist.

**Der Autor ist Rechtsanwalt und Unternehmens- und Politikberater. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.**



## Marktüberblick

### STIMMUNG AN DEN BÖRSEN WEITER GUT

Auch wenn die privaten Feierlichkeiten zum Jahreswechsel vergleichsweise ruhig und zurückhaltend ausgefallen sind, lassen sich die Finanzmärkte die gute Stimmung nicht verderben. Risikoprämien waren bis zum Jahresschluss gefragt und einige Aktienmärkte konnten sogar historische Rekordhochs markieren. Der Last-Minute-Deal in Sachen Brexit und das neue Corona Hilfspaket in den USA waren hierfür ausschlaggebend. Gegen das Hilfspaket hatte zwar der scheidende Präsident Donald Trump zunächst sein Veto angedroht, Trump lenkte aber dann doch ein, aus Angst, vom Kongress mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit überstimmt zu werden. Auch die gestartete Impfkampagne in Europa trägt zur Euphorie an den Kapitalmärkten bei.

Die Märkte in Asien starteten gemischt ins neue Jahr 2021. So konnten die Börse in Shanghai und Shenzhen mit einem leichten Plus starten. Die Börse in Tokio hingegen musste aufgrund der Überlegungen der japanischen Regierung, wegen steigender Fallzahlen den Notstand auszurufen, leichte Verluste (Nikkei Index -0,4%) hinnehmen.

### HILFSPAKET USA, BREXIT, STRAFZÖLLE UND HANDELSKONFLIKT

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich in den USA Demokraten und Republikaner auf ein neues Corona-Paket über 900 Mrd. USD geeinigt. In Sachen Brexit hat das Unter- und Oberhaus des britischen Parlaments dem Brexit-Abkommen zugestimmt und mit der Unterschrift der Queen ist das Abkommen in Kraft ge-



**Deutscher Aktienindex (DAX)**  
seit Jahresbeginn: +1,14%  
Jahresende: 13.718    Aktuell: 13.875  
(04.01.2021 / 09:15 Uhr)



**EURO (gegen US-Dollar)**  
seit Jahresbeginn: +0,38%  
Jahresende: 1,2225    Aktuell: 1,2272  
(04.01.2021 / 09:15 Uhr)

setzt worden. Im Streit zwischen den USA und der EU über Subventionen für die Luftfahrtindustrie wollen die USA neue Strafzölle für Produkte aus Deutschland und Frankreich verhängen. Betroffen sind Flugzeugbauteile, Weine und Cognac. Im Handelskonflikt zwischen den USA und China sieht der chinesische Außenminister Wang Yi die Möglichkeit, die Konflikte zwischen beiden Staaten gelöst zu bekommen und eine neue Runde des Dialogs zu beginnen.

### ENTWICKLUNG EUR-USD UND ÖLPREIS

Das Währungspaar EUR-USD konnte auf den höchsten Stand seit April 2018 mit Kursen über 1,23 USD zulegen. Ursache hierfür ist vor allem die Dollarschwäche

**LIGA BANK**  
Dienstleister für die Kirche  
- seit 1917 -



**Dow Jones Industrials (DJIA)**  
seit Jahresbeginn: +0,00%  
Jahresende: 30.606    Aktuell: 30.606  
(31.12.2020 / Börsenschluss)



**Zinsen (Umlaufrendite)**  
Aktuell: -0,56%  
(30.12.2020 / Börsenschluss)

auf breiter Front. Der Greenback wird von vielen Investoren unter anderem als sogenannte „Safe Haven“-Währung gesehen und mit der Hoffnung auf flächendeckende Corona-Impfungen in diesem Jahr und dem abebben der Corona-Pandemie steigt wieder der Risikoappetit der Anleger, was auf die Stimmung des US-Dollars drückt. Anders sieht es hingegen mit der jüngsten Entwicklung des Ölpreises aus. Dieser konnte aufgrund des vorsichtigen Vorgehens des Ölverbands Opec plus und der Impfhoffnung profitieren. Die Nordsee-Sorte Brent verteuerte sich am Montag um 1,18 Dollar auf 52,98 Dollar. Das Fass der US-Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg um 1,01 Dollar auf 49,53 Dollar.